

**NDR Info Das Forum**  
**STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN**  
Andreas Flocken

**08.04.2017 /19.20-19.50 Uhr**  
**09.04.2017 /12.30-13.00 Uhr**  
E-Mail: [streitkraefte@ndr.de](mailto:streitkraefte@ndr.de)  
[www.ndr.de/streitkraefte](http://www.ndr.de/streitkraefte)

**Inhalt:**

- US-Militärschläge gegen Syrien – Signal auch an Nordkorea? Interview mit Hans-Lothar Domröse, Ex-NATO-General
- Kein Dealmaker – Präsident Trump nach knapp 100 Tagen
- Atommacht Nordkorea – Hilflöse Staatengemeinschaft?
- Schlüsselland Libyen – Welche Ambitionen hat Russland?

Zur Verfügung gestellt vom NDR  
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, im Studio begrüßt Sie Andreas Flocken.

Unsere Themen in Schlagzeilen:

- Kein Dealmaker – Donald Trump knapp 100 Tage im Amt
- Atommacht Nordkorea – Hilflöse Staatengemeinschaft? Und:
- Schlüsselland Libyen – Welche Ambitionen hat Russland?

Zunächst jedoch zu den US-Militärschlägen in Syrien. Präsident Trump hat damit auf den Einsatz von Chemiewaffen in dem Land reagiert. Er macht das syrische Regime in Damaskus für den Einsatz der Kampfstoffe verantwortlich. Zuvor hatte er von roten Linien gesprochen, die gleich mehrmals überschritten worden seien. Trump reagierte damit anders als sein Vorgänger Obama, der sich damals gegen ein militärisches Vorgehen entschieden hatte.

Über die Militärschläge habe ich dem früheren NATO-General Hans-Lothar Domröse gesprochen.

Ich habe ihn zunächst gefragt, ob diese Angriffe eine eher symbolische Strafaktion gewesen sind oder der Beginn eines stärkeren US-Militärensengagements in Syrien:

Interview Andreas Flocken / Hans-Lothar Domröse

Domröse: Ich glaube, dass der amerikanische Präsident jetzt die rote Linie deutlich im Sand gesehen hat. Wir, die westliche Welt, alle Welt, verurteilt Gaseinsätze. Das steht unter Verbot und das darf man nicht nutzen. Die Bilder von dahin siechenden Kindern und anderen Menschen, unschuldigen Menschen - das ist einfach nicht hinzunehmen. Und deshalb hat er ein kleines chirurgisches Ziel genommen: Einen Luftwaffenstützpunkt, von dem aus geflogen hätte sein können und der jetzt gewissermaßen außer Kraft gesetzt worden ist.

Flocken: Es steht also kein größeres US-Militärensengagement bevor?

Domröse: Ich glaube, es ist ein deutliches Zeichen. Nicht nur an Assad wird es heißen: „Wir dulden es nicht.“ Es war ja auch das vierte Mal. Es gibt den UN-Bericht, wie Sie wissen, wonach schon drei Mal Giftgas eingesetzt worden ist. Und das, obwohl das Assad-Regime gesagt hat, es habe alle C-Waffen vernichtet. Also das kann ja gar nicht stimmen - unabhängig von der Frage, wer Giftgas eingesetzt hat. Also irgendwas stimmt hier nicht. Und das hat jetzt der amerikanische Präsident beim vierten Mal offensichtlich nicht mehr geduldet. Die Militärschläge sind auch ein Zeichen an Russland. Gesagt wird, ihr könnt so einen Schlächter nicht weiterhin stützen.

Flocken: Trump hat ja nach dem C-Waffen-Einsatz in Syrien gesagt, damit seien rote Linien mehrfach überschritten worden. Ist diese Militäraktion von Trump daher aber möglicherweise nicht auch innenpolitisch motiviert? Er wollte möglicherweise nicht als Zauderer dastehen, wie sein Vorgänger Obama.

Domröse: Na gut, das will ich nicht interpretieren. Sicherlich hat er jetzt eine Entschlossenheit an den Tag gelegt. Vielleicht hat er einige überrascht. Aber gerade den klassischen Fall genommen: Das Schlimmste, was es gibt neben Kriegsführung, ist ja der Einsatz von Giftgas. Und das ist nicht tragbar.

Flocken: Russland hat die Luftschläge scharf verurteilt. Droht denn in Syrien jetzt eine Konfrontation zwischen den USA und Russland?

Domröse: Das glaube ich nicht. Und das will ich sicherlich auch nicht hoffen. Ich denke, dass Präsident Putin und Präsident Trump miteinander reden werden oder ihre Außenminister. Man wird es wieder runterkühlen auf ein normales Maß und Vernunft. Die rote Linie hat ja auch Russland bestätigt – ein Einsatz von Gas. Also insofern ist der Unterschied lediglich, dass Russland sagt, es war nicht das Assad-Regime. Aber Gas ist in dem Land zum Einsatz gekommen. Und das ist zu verurteilen. Und das hat Russland auch gemacht.

Flocken: Russland hat doch eigentlich gar kein Interesse an einer Konfrontation oder an einer Eskalation. Ist es denn denkbar, dass Moskau möglicherweise nun stärker Druck auf Assad ausübt, so dass möglicherweise sogar eine politische Lösung denkbar wäre. Oder sehen Sie diesen Zusammenhang überhaupt nicht?

Domröse: Doch, absolut! Ich glaube, das Regime von Präsident Putin hatte ja bereits angedeutet: Assad ist nicht alles. Putin ist also vorsichtig auf Distanz gegangen. Man muss einfach sagen, dass die Amerikaner seinerzeit auch gegen das Nazi-Regime in Deutschland in den Krieg gezogen sind. Nicht, um Krieg zu führen, sondern um Schlimmeres zu verhindern. Ich glaube, an den gleichen Ansatz muss man auch hier denken.

Flocken: Also Sie denken, dass möglicherweise die Militärschläge eine politische Lösung sogar wahrscheinlicher machen könnten?

Domröse: Ich hoffe das, inständig. Und mit der Präzision und mit der Gewalt und Entschlossenheit [der Militärschläge] zusammen ist das ein klares Signal. Und zudem sitzt Trump noch mit dem chinesischen Staatspräsidenten zusammen. Das passt irgendwie.

Flocken: Führen denn die Luftschläge Moskau und Assad nun enger zusammen oder eher auseinander? Wie ist da Ihre Einschätzung?

Domröse: Na ja, vordergründig werden die Russen den ja nach einem Luftschlag nicht einfach fallenlassen. Die Freude werden sie uns nicht machen. Aber vielleicht wird man drüber nachdenken und auf Distanz gehen. Nicht heute und morgen, aber vielleicht übermorgen.

Flocken: Die Militärschläge in Syrien – sind sie möglicherweise auch ein Signal an Nordkorea? Kann dort ähnliches passieren oder ist die Lage dort ganz anders?

Domröse: Natürlich ist sie anders, jede Lage ist anders. Aber absolut – es ist ein Signal an mehrere Seiten. An Präsident Putin – das sagte ich schon: kehre an den Verhandlungstisch zurück, halte dich an die Beschlüsse, die wir gemacht haben als P5, lass uns zusammenarbeiten. Es ist aber auch alle Male ein Signal an Nordkorea, damit das Land sich nicht ruhig seine Atomwaffen bastelt. Das ist völlig klar.

\* \* \*

### Flocken

Soweit das Gespräch mit dem ehemaligen NATO-General Hans-Lothar Domröse. Eine Langfassung des Interviews finden Sie auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte).

Bei seinem Amtsantritt im Januar hat Donald Trump klargemacht, dass es unter seiner Präsidentschaft kein „weiter so“ geben werde. Alles werde sich ändern. Im Innern, aber auch in der Außenpolitik. „America First“, so sein Leitmotiv. Donald Trump ist in diesem Monat 100 Tage im Amt. Andreas Dawidzinski mit einer Zwischenbilanz:

### Manuskript Andreas Dawidzinski

Die ersten Wochen der Präsidentschaft sind für Donald Trump nicht gut gelaufen – auch wenn der 70-Jährige das natürlich anders sieht. Obwohl Trump in beiden Häusern des Kongresses eine bequeme Mehrheit seiner Partei hat, versucht er vor allem mit Dekreten zu regieren. Aber selbst das, ohne großen

Erfolg. Sein Versuch, Muslimen aus mehreren Ländern die Einreise in die USA aus Gründen der nationalen Sicherheit zu verbieten, wurde von Bundesgerichten gestoppt. Und auch ein zweiter Anlauf, mit einem nachgebesserten Dekret, war nicht erfolgreich. Ein Beleg dafür, dass bei der Trump-Mannschaft im Weißen Haus nicht alles „rund“ läuft. Die Entscheidungsprozesse sind offenbar auch nach knapp 100 Tagen Amtszeit weiterhin sehr chaotisch. Es bleibt unklar, wer das Ohr des Präsidenten hat, auf wen er hört. Erschwerend für seine Mitarbeiter ist zudem, dass Trump seine Positionen schnell ändert, sehr spontan ist. Das zeigen die zahlreiche Tweets, mit denen Trump immer wieder die Öffentlichkeit überrascht, und auch seine engsten Ratgeber.

Eine zentrale Rolle spielt in dem Trump-Team allerdings Chefberater Steve Bannon, auch wenn er seit dieser Woche nicht mehr Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats ist. Bannons Mission ist die Zerstörung des amerikanischen Establishments. Er will das Land gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch grundlegend verändern. Der radikale Rückbau des Staates sei das Wichtigste, sagte Bannon im Februar auf einer Konferenz konservativer Aktivisten. Die Präsidentschaft von Trump - für Bannon ein langer Kampf gegen das Establishment und gegen die Medien:

#### O-Ton Bannon (overvoice)

„Es wird nicht nur nicht besser werden, sondern jeden Tag wird es schlimmer. Es sind globale Medienkonzerne, die Donald Trumps wirtschaftlichen Nationalismus unerbittlich ablehnen. Wenn ihr glaubt, die geben euch euer Land kampflos zurück, dann liegt ihr völlig daneben. Jeden Tag wird es Kampf gegeben.“

Für Trump gilt der Primat der Innenpolitik. D.h. auch die Beziehungen zu den anderen Staaten haben sich dem Prinzip „America First“ unterzuordnen. Das gilt vor allem für die Wirtschafts- und Handelspolitik. Trump ist gegen den Freihandel, für Protektionismus. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit hat sich der US-Präsident von dem Pazifischen Handelsabkommen TPP verabschiedet. Sehr zum Ärger von Japan, das sich durch diese Vereinbarung u.a. eine Eindämmung der aufstrebenden Wirtschaftsmacht Chinas versprochen hatte.

Und in der vergangenen Woche hat der US-Präsident eine Überprüfung der Handelsbeziehungen zu allen Ländern angeordnet. Grund ist das riesige Handelsdefizit der USA. Trump wirft u.a. China und Deutschland unfaire Handelspraktiken vor. Er spricht von Dumpingpreisen und Subventionen, außerdem würden verzerrte Devisenkurse zu Lasten der USA gehen. Das Umsteuern in der Handelspolitik hat zu großer Besorgnis bei den westlichen US-Partnern geführt. Konflikte sind programmiert. Selbst ein Handelskrieg ist nicht mehr ausgeschlossen.

Das Credo „America First“ hat weitreichende Folgen für die US-Außenpolitik. Für Trump muss sie sich an den unmittelbaren Interessen der USA orientieren. Und der US-Präsident hat immer wieder deutlich gemacht, dass er nicht viel hält vom Multilateralismus und von internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen. Ähnliches gilt auch für die EU. Für Trump ist die Europäische Union lediglich ein Konkurrent der US-Wirtschaft, wie er auf der Pressekonferenz nach dem Treffen mit Bundeskanzlerin Merkel im vergangenen Monat deutlich gemacht hat. Der Präsident hat dabei einfach Deutschland mit der EU gleichgesetzt:

#### O-Ton Trump (overvoice)

„Deutschland ist sehr erfolgreich und hat sehr gute Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen. Das ist auch bei vielen anderen Ländern so gewesen, zum Beispiel bei China. Bei fast jedem Land, mit dem wir Handelsbeziehungen haben, sind sie nicht gut für unsere Arbeiter. (...) Unsere Handelsabkommen werden gute, solide Abkommen sein, nicht Abkommen, die dazu führen, dass Werke geschlossen werden und dass es riesige Arbeitslosigkeit gibt.“

Trump will statt der multilateralen Beziehungen die bilateralen Kontakte stärken. Auf diese Weise, so die Erwartung in Washington, lassen sich die US-Interessen gegenüber anderen Staaten viel einfacher durchsetzen als beispielsweise gegenüber der EU.

Trump spricht viel von Fairness, meint damit aber die Berücksichtigung und die Durchsetzung der US-Interessen. Die sind für den Präsidenten bei den transatlantischen Beziehungen inzwischen längst unter die Räder gekommen.

Aus der Sicht von Trump ist die NATO bestenfalls ein Zweckbündnis und nicht in erste Linie eine Wertegemeinschaft, die sich für Freiheit und Demokratie einsetzt – so wie es die Europäer sehen. Die Allianz wird von Trump vor allem unter dem Kosten Nutzen-Aspekt betrachtet. Vor seinem Amtsantritt hat er die NATO noch als obsolet, also nicht mehr zeitgemäß bezeichnet. Außerdem hatte er die Beistandspflicht in Frage gestellt und von der Erfüllung finanzieller Verpflichtungen abhängig gemacht.

In seiner Rede zur Lage der Nation legte Trump zwar ein Bekenntnis zum westlichen Bündnis ab. Er forderte allerdings zugleich die NATO-Verbündeten unmissverständlich auf, die Finanzierung nicht mehr in erster Linie den USA zu überlassen:

#### O-Ton Trump (overvoice)

„Unsere Partner müssen ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen. Nach sehr klaren Worten und nachdrücklichen Diskussionen haben sie jetzt damit begonnen, das auch zu tun. In der Tat. Ich kann Ihnen sagen, das Geld kommt nun rein. Und das ist gut.“

Die Forderung nach höheren Verteidigungsausgaben ist nicht neu. Auch andere US-Präsidenten haben wiederholt mangelnde Verteidigungsanstrengungen der Bündnispartner beklagt. Doch anders als seine Vorgänger meint es Trump wirklich ernst. Er pocht auf Einhaltung der 2014 auf dem NATO-Gipfel in Wales getroffenen Vereinbarung. Danach hat sich jedes Mitgliedsland verpflichtet, bis 2024 zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung auszugeben. Für das wirtschaftlich prosperierende Deutschland hieße das: ein Anstieg des Verteidigungshaushaltes von jetzt 37 Milliarden auf künftig rund 70 Milliarden Euro pro Jahr. Ein in Deutschland politisch nicht durchsetzbares Ziel. Trotzdem bekannte sich Bundeskanzlerin Merkel bei ihrem Treffen mit Donald Trump im vergangenen Monat ausdrücklich zu dem NATO-Beschluss von Wales:

#### O-Ton Merkel

„Wir haben uns in Wales dem Zwei-Prozent-Ziel bis zum Jahr 2024 verpflichtet, haben im letzten Jahr unseren Verteidigungsetat um acht Prozent gesteigert und werden auch weiterhin in diese Richtung arbeiten.“

Merkel betonte zugleich, das Thema Sicherheit habe viele Facetten und betreffe nicht nur die NATO. Sie nannte u.a. die Entwicklungshilfe. Von einem erweiterten Sicherheitsbegriff oder dem sogenannten vernetzten Ansatz hält das Weiße Haus allerdings wenig. Konflikte mit Deutschland und anderen NATO-Mitgliedern, die das Zwei-Prozent-Ziel nicht erreichen werden, sind daher schon jetzt absehbar. Einen ersten Vorgeschmack gab Trump unmittelbar nach dem Treffen mit Merkel. Über seinen Twitter-Account teilte er mit, Deutschland schulde der NATO und den USA riesige Geldsummen für die gewaltige und sehr teure Verteidigung des Landes. Ein Vorwurf, den die Bundesregierung entschieden zurückwies. Es gebe kein Schuldenkonto in der NATO, so Verteidigungsministerin von der Leyen.

Wenn es um Sicherheit und Verteidigung geht, dann setzt der neue US-Präsident vor allem auf das Militär. So will er die US-Streitkräfte erheblich vergrößern und noch schlagkräftiger machen, obwohl die USA unter dem neuen US-Präsidenten nicht mehr Weltpolizist oder Garant der internationalen Ordnung sein wollen.

#### O-Ton Trump (overvoice)

„Ich werde dem Kongress einen Haushaltsplan schicken, der das Militär wieder stark macht. Einen Haushalt, der für einen der größten Anstiege der Verteidigungsausgaben in der Geschichte Amerikas sorgen wird.“

Der im vergangenen Monat vorgelegte Haushaltsentwurf des Weißen Hauses sieht Militärausgaben von knapp 640 Milliarden US-Dollar vor – eine Steigerung von etwa 10 Prozent.

Finanziert werden sollen diese Mehrausgaben durch Einsparungen u.a. bei der Umweltbehörde und dem Außenministerium. Geplant ist, das Budget des State Departments um ein Drittel zu kürzen. Vorgesehen ist beispielsweise weniger Geld für UN-Friedensmissionen, außerdem soll es tiefe Einschnitte bei Entwicklungshilfe-Programmen und der humanitären Hilfe geben. Ob Trumps Parteifreunde im Kongress da mitziehen werden, darf bezweifelt werden.

Abrüstung und Rüstungskontrolle stehen nicht auf Donald Trumps Agenda. Er ist daher keineswegs sicher, dass der Vertrag über die Begrenzung der strategischen Waffen verlängert wird. In einem Telefonat mit dem russischen Präsi-



denen Putin hat Trump den von seinem Vorgänger auf den Weg gebrachten New Start-Vertrag als „einseitigen Deal“ kritisiert. Die USA seien bei ihren „atomaren Fähigkeiten zurückgefallen“, beanstandete Donald Trump. Er kündigte an, das US-Nuklearpotenzial zu modernisieren und auszubauen. Er werde nie zulassen, dass eine andere Nuklearmacht stärker sei als die USA. Eine Welt ohne Atomwaffen sei ein wunderbarer Traum, sagte Trump der Nachrichtenagentur Reuters. Aber bis auf weiteres würden die USA an der Spitze des Rudels der Atomwaffen-Staaten sein:

#### O-Ton Trump

„It would be wonderful, a dream would be, that no country would have nukes. But if countries gonna have nukes, we gonna be on the top of the pack.“

Statt Abrüstungsschritten wird es daher bei den Atomwaffen wohl einen neuen Rüstungswettlauf geben. Denn anders als von Trump angekündigt, hat sich das Verhältnis zu Russland keineswegs verbessert. Ein Deal oder Neustart ist nicht in Sicht. Entsprechend groß ist auch die Enttäuschung im Kreml. Putins Sprecher Dimitrij Peskow beklagte im US-Fernsehsender CNN, dass es auch Wochen nach dem Amtsantritt von Donald Trump bisher aus Washington kein Signal für einen Neustart bzw. der Wiederaufnahme des Dialoges gegeben habe.

#### O-Ton Peskow

„Unfortunately we don't have a better understanding, when this dialogue can start.“

Russland erhofft sich weiterhin vor allem eine Aufhebung der westlichen Sanktionen, die nach der Annexion der Krim verhängt worden sind.

In Moskau waren die Erwartungen nach dem Wahlsieg von Trump groß. Denn zwischen den Präsidenten Putin und Obama hatte die Chemie nicht gestimmt. Der Kreml begrüßte daher den Einzug des Republikaners ins Weiße Haus. Auch deshalb steht Russland unter dem Verdacht, in den US-Wahlkampf eingegriffen zu haben - zugunsten von Trump. Dieser weist solche Vorwürfe entschieden zurück. Trump behauptet stattdessen, Obama habe angeordnet, sein Wahlkampf-Team abzuhören. Und obwohl die US-Sicherheitsbehörden keine Hinweise darauf haben, hält der US-Präsident eisern an dieser Aussage fest,

und behauptet, die Medien würden Fake News, Falschnachrichten über ihn verbreiten.

Trump ist ein politischer Anfänger. Er hatte bisher kein öffentliches Amt bekleidet, er hat keine politische Erfahrung. Deshalb hat so mancher seiner Kritiker ihm eine Lernkurve zugebilligt. Doch davon ist nach knapp 100 Tagen Amtszeit wenig zu sehen.

Die Unsicherheit bei den Verbündeten dauert weiter an. Der US-Präsident sorgt nicht für die in der internationalen Politik notwendige Verlässlichkeit - gerade unter Verbündeten ein Muss. Stattdessen wachsen die Zweifel an der Führungsmacht USA. Trump hat sich immer wieder gerühmt, er habe die Fähigkeit, für die USA vorteilhafte Deals auszuhandeln. Dass er aber kein Deal-Maker ist, hat sein gescheiterter Versuch gezeigt, die von Obama durchgesetzte Gesundheitsreform „Obamacare“ rückgängig zu machen. Ein Debakel für das Weiße Haus - denn seine Partei hat sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus die Mehrheit.

Das wirft Fragen auf. Wie wird sich der Mann, der sich für den besten Verhandler der Welt hält, in internationalen Krisen verhalten, wenn es um Krieg und Frieden geht? Das Desaster um „Obamacare“ hat gezeigt, dass die Supermacht USA von einem politischen Leichtgewicht regiert wird. Angesichts der vielen Konflikte in der Welt, keine beruhigende Vorstellung.

\* \* \*

### Flocken

Donald Trump fast 100 Tage im Amt. Andreas Dawidzinski mit einer Zwischenbilanz. Mehr zum Thema auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien und [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte).

Ein zentrales Thema der US-Sicherheitspolitik ist auch der Umgang mit der Atommacht Nordkorea. Mehrere US-Regierungen haben sich bisher vergeblich um eine politische Lösung bemüht. Nordkoreanische Atomraketen, die auch die USA erreichen könnten – US-Präsident Trump will das nicht hinnehmen. Das hat er in dieser Woche auch bei seinem Treffen mit dem chinesischen Präsi-

dentem Xi Jinping klar gemacht. Die USA sind mit ihrer Geduld am Ende. Es heißt, alle Optionen liegen auf dem Tisch. Jerry Sommer berichtet:

#### Manuskript Jerry Sommer

Washington will sich alle Möglichkeiten offenhalten. Inzwischen wird auch verstärkt über präventive Militärschläge gegen das nordkoreanische Atomarsenal diskutiert. Doch eine tatsächliche Option dürfte das nicht sein. Denn erstens ist nicht sicher, ob die USA die Atomwaffen zerstören könnten, weil offen ist, wo sie genau lagern. Und zweitens wäre der mit Sicherheit zu erwartende Gegenschlag Nordkoreas folgeschwer, sagt der Asienexperte Bruce Bennett von der RAND-Corporation, einem Thinktank in Washington:

#### O-Ton Bennett (overvoice)

„Nordkorea hat unglaublich viele Artillerie-Geschütze an der Grenze zu Südkorea aufgestellt. Wenn es damit auf Seoul feuern würde, wäre der Schaden schon in sehr kurzer Zeit erheblich“.

Zehn- oder sogar hunderttausende Opfer wären in Seoul zu erwarten - und das allein durch konventionelle nordkoreanische Waffen. Pjöngjang besitzt aber auch chemische und atomare Waffen. Der Machthaber in Pjöngjang würde voraussichtlich bei einem US-Angriff nicht zögern, diese Waffen einzusetzen. Eine Zustimmung Südkoreas zu einem US-Angriff auf den Norden ist deshalb äußerst unwahrscheinlich – zumal im Mai aus den südkoreanischen Wahlen vermutlich ein auf Zusammenarbeit und Ausgleich mit Pjöngjang bedachter bisheriger Oppositionspolitiker als Sieger hervorgehen wird.

Die Gefahr eines Angriffs durch Nordkorea wiederum besteht nicht, glaubt der Sicherheitsexperte Jim Walsh vom Massachusetts Institute of Technology in Boston:

#### O-Ton Walsh (overvoice)

„Nordkorea ist weder in der Lage die USA anzugreifen, noch will es Japan oder Südkorea angreifen. Denn es weiß genau, dass es einen Krieg verlieren und dass auch der Führer Kim Jong-un seine Macht einbüßen würde. Macht ist aber das Wichtigste für ihn.“

Selbstmörderisch sei das Regime in Pjöngjang jedenfalls nicht, so Walsh. Dass Nordkorea Atomwaffen entwickelt hat und diese auch mit entsprechenden Raketen einsatzfähig zu machen versucht, hängt vor allem mit seiner Bedrohungswahrnehmung zusammen, glaubt Lora Saalman, die Asien-Expertin des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI:

O-Ton Saalman (overvoice)

„Sicherheit und Überleben des Regimes – das ist für Nordkorea das Wichtigste. Ein weiterer Grund für das Atomprogramm ist Prestige. Pjöngjang will der Welt zeigen, wozu es als kleines Land technologisch fähig ist. Nordkorea strebt zudem nach internationaler Anerkennung und Legitimation.“

Das Land werde deshalb wohl niemals bereit sein, seine Atomwaffen vollständig aufzugeben, glaubt Lora Saalman. Jim Walsh hingegen mag auch eine solche Möglichkeit nicht ausschließen – zu oft habe Kim Jong-un seine Auffassungen schon geändert. Einig sind sich viele Experten jedoch darin, dass die bisherige, vor allem von den USA betriebene Politik, Nordkorea durch wirtschaftliche Sanktionen und politische Isolierung zur Aufgabe seiner Nuklearwaffen und Raketen zu zwingen, nicht erfolgversprechend ist. Die Obama-Administration hat in den letzten Jahren zum Beispiel jeden Dialog mit Nordkorea abgelehnt, nachdem 2012 eine diplomatische Einigung hinfällig geworden war. Damals hatte Nordkorea wenige Tage nach der Vereinbarung einen Satelliten ins All gestartet – aus Sicht der USA ein Verstoß gegen die Vereinbarung.

Die neue Mannschaft von Präsident Donald Trump ist noch dabei, ihre eigene Nordkorea-Strategie zu entwickeln. Was bisher durchgesickert ist, sei aber nicht sonderlich neu, sagt Bruce Bennett von der RAND-Corporation:

O-Ton Bennett (overvoice)

„Der übliche amerikanische Ansatz ist: Lasst uns noch effektivere Sanktionen beschließen. Aber da zieht China nicht mit. Peking hat zwar gerade angekündigt, keine Kohle aus Nordkorea zu importieren. Aber es gibt viele Berichte, dass nordkoreanische Schiffe trotzdem in China Kohle entladen.“

Das ohnehin international stark isolierte Nordkorea hat einige Möglichkeiten, Sanktionen zu umgehen. China wird den ökonomischen Druck auf Nordkorea nur in begrenztem Maße erhöhen. Denn es fürchtet einen Zusammenbruch seines Nachbarn. Der hätte große Flüchtlingsströme zur Folge und – nach ei-

ner dann wahrscheinlichen Wiedervereinigung des Landes mit Südkorea - eine Ausweitung des US-Einflusses bis direkt an seine nordöstliche Landesgrenze. Der Einfluss Chinas auf den nordkoreanischen Diktator Kim Jong-un werde zudem überschätzt, sagt Lora Saalman vom Friedensforschungsinstitut SIPRI:

O-Ton Saalman (overvoice)

„Manche erwarten, dass China Nordkorea einfach das Licht ausschalten kann und dann würde Pjöngjang schon nachgeben. Aber Fakt ist, dass Nordkorea immer weniger bereit ist, auf China zu hören.“

Es gebe deshalb auch keine erfolgversprechendere Alternative als Verhandlungen mit Nordkorea, sagt auch der Konfliktforscher Jim Walsh:

O-Ton Walsh (overvoice)

„Donald Trump rühmt sich ja seiner Verhandlungsfähigkeiten und sagt, er wolle Dinge anders machen als die Obama-Regierung. Ich hoffe deshalb, dass er direkte Gespräche mit Nordkorea in Absprache mit Südkorea und China in Erwägung zieht. Allerdings sind die Anzeichen dafür bisher nicht allzu gut.“

So hat Washington im vergangenen Monat den chinesischen Vorschlag brüsk abgelehnt, dass Nordkorea seine Atomwaffen- und Raketenprogramme einfriert und im Gegenzug die USA und Südkorea ihre jährlichen militärischen Großmanöver aussetzen. Die Aussage von US-Außenminister Tillerson, alle Optionen lägen auf dem Tisch, hat offensichtlich einen entscheidenden Makel: Washington macht seine Bereitschaft zu Gesprächen von der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen abhängig. Bisher forderten die USA, dass sich Nordkorea zunächst zum Ziel einer vollständigen Denuklearisierung bekennt und entsprechende Schritte einleiten müsse, bevor überhaupt Verhandlungen beginnen könnten. Diese Vorbedingung hält unter anderem Bruce Bennett für falsch:

O-Ton Bennett (overvoice)

„Ich würde es natürlich begrüßen, wenn die Nordkoreaner einer Denuklearisierung zustimmen, bevor wir verhandeln. Aber solch ein Herangehen wird uns nicht weiterbringen“.

Bennett ist stattdessen für Verhandlungen ohne Vorbedingungen. Allerdings solle das unmittelbare Ziel sein, Nordkorea zu bewegen, einen Teil seiner Atomwaffen aufzugeben und unter Kontrolle der Internationalen Atomenergie-

behörde zu stellen. Andere Experten sehen es als erfolgsversprechender an, erst einmal nur anzustreben, dass Nordkorea seine nuklearen und Raketen-Aktivitäten einstellt, und vor allem weder Raketen- noch Atomtests durchführt.  
Lora Saalman von SIPRI:

O-Ton Saalman (overvoice)

„Ich denke, Nordkorea wird ein solches Einfrieren in Erwägung ziehen, wenn es im Gegenzug Garantien für seine Sicherheit und seine ökonomische Entwicklung erhält und internationale Legitimität als Nuklearmacht zugesprochen bekommt. Dazu gehört auch die Aufhebung von Sanktionen. Die sind schon verstärkt worden und China macht dabei mit. Deshalb fangen sie an, wirklich weh zu tun.“

Im vergangenen Jahr hatte der nordkoreanische Diktator Kim Jong-un ebenfalls vorgeschlagen, seine Atom- und Raketenprogramme einzustellen, wenn die USA im Gegenzug ihre Militärübungen mit Südkorea aussetzen. Außerdem fordert er einen Friedensvertrag. Denn formal herrscht auf der koreanischen Halbinsel weiterhin ein nur durch einen Waffenstillstand unterbrochener Kriegszustand. Jim Walsh:

O-Ton Walsh (overvoice)

„Es macht Sinn, einen Friedensvertrag anzustreben - vielleicht parallel zu den Verhandlungen über das Nuklearprogramm. Es weiterhin nur bei einem Waffenstillstand zu belassen, der zahlreiche Fragen der Grenzziehungen zu Land und zu Wasser offenlässt, ist gefährlich.“

Noch hat die Trump-Regierung ihre Strategie gegenüber Nordkorea nicht endgültig festgelegt. Klar ist aber schon jetzt: Sollte sie Verhandlungen ohne Vorbedingungen über das nordkoreanische Atomprogramm und einen Friedensvertrag anstreben, so würde diese Politik bei der republikanischen Mehrheit im Kongress auf großen Widerstand stoßen.

\* \* \*

Flocken

Jerry Sommer über die Suche der USA nach einer Nordkorea-Strategie.

Von Nordkorea zu einer anderen Krisenregion. Libyen ist für die Europäer ein Schlüsselland, nicht zuletzt, weil sich dort mehrere hunderttausend Flüchtlinge aufhalten, die auf eine Überfahrt hoffen. Die NATO-Intervention und der anschließende Sturz von Machthaber Gaddafi vor einigen Jahren haben Libyen in ein Chaos gestürzt. Die Vereinten Nationen und auch die EU versuchen das Land zu stabilisieren – bisher ohne großen Erfolg. Mittlerweile versucht auch Russland, Einfluss zu nehmen. Über die Rolle Moskaus in der Region – Simon Kremer:

#### Manuskript Simon Kremer

Vier Wochen, sagt der Milizenführer, als er im Büro eines EU-Beamten steht. Vier Wochen und er werde die Sache in Libyen schon irgendwie regeln. Er wolle kein Geld und keine Unterstützung: Die EU solle ihm nur nicht in die Quere kommen. Dann zieht er mit seiner Entourage wieder ab. Kurz darauf steht die nächste Delegation im Büro – mit ähnlichen Aussagen.

Das Problem im Libyen-Konflikt, das weiß auch der Sondergesandte der Vereinten Nationen, Martin Kobler, sind die hunderten verschiedenen Milizen und Akteure:

#### O-Ton Kobler

„Es gibt (...) wirtschaftsorientierte Milizen oder bewaffnete Gruppen, es gibt religiöse motivierte bewaffnete Gruppen, Salafisten und andere. Und dann gibt es ganz einfach kriminelle Gangs, Mafia zum Beispiel. (...) Das ist ja ein Milliardengeschäft, dieser Menschenhandel, und insofern ist es aus Sicht der Menschen konsequent zu sagen, wir wollen keine Ordnungsmacht im Staate. Also es gibt ganz gewaltige mafiöse, religiöse, wirtschaftliche Interessen.“

Seit gut eineinhalb Jahren versucht der deutsche Diplomat Kobler, die unterschiedlichen Konfliktparteien an einen Tisch zu bringen, damit es wieder einheitliche staatliche Strukturen gibt.

#### O-Ton Kobler

„Das Grundproblem ist, dass es ein Kampf um Öl, um Macht und Geld ist.“

Nach dem Sturz von Langzeitdiktator Muammar al-Gaddafi vor sechs Jahren versinkt das Land im Chaos. Als ringsum in der Region die Machthaber von

Demonstranten aus den Palästen gejagt werden, hatte der Machthaber versucht, die Opposition blutig niederzuschlagen:

#### O-Ton Radiosendung Voice of America

Die Truppen Gaddafis rücken auf die von den Rebellen gehaltene Stadt Bengasi vor. Aus Sicht des Westens drohte ein Völkermord. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen will dem nicht tatenlos zusehen. Die Resolution 1973 wird verabschiedet. Eine Flugverbotszone über Libyen eingerichtet. Die Vetomächte China und Russland enthalten sich und die Operation „Unified Protector“ - „Vereinter Beschützer“- beginnt. Eine humanitäre Intervention, um ein Blutbad zu verhindern.

Libysche Militäreinrichtungen werden unter anderem von US-amerikanischen, französischen und arabischen Kampfjets und Kriegsschiffen bombardiert.

Im Kreml – so ist aus dem Umfeld zu hören – grämt man sich bis heute, damals kein Veto gegen den Militäreinsatz eingelegt zu haben. Denn als Gaddafi von Rebellen schließlich getötet wird, fühlt Russland sich vom Westen getäuscht: Durch den Sturz des Gaddafi-Regimes soll Moskau Energie-, Militär- und Infrastrukturverträge im Umfang von mindestens vier Milliarden Dollar verloren haben. Aber nicht nur wirtschaftliche Interessen treiben Russland dazu, sich immer stärker in Libyen zu engagieren, sagt der Moskauer Politikwissenschaftler und Sicherheitsexperte Maxim Suchkov. Es geht auch um alte Beziehungen und den Einfluss Russlands in der arabischen Welt:

#### O-Ton Suchkov (overvoice)

„Das hat vor allen Dingen damit zu tun, wie Russland über die ganze Region denkt. (...) Russland hat sehr enge Beziehungen zu Libyens Nachbarland Ägypten. Ich glaube, dass diese Beziehung häufig übersehen wird. Russland hält Ägypten für ein sehr wichtiges Land in der Region. Und Russland ist der Auffassung, dass ein schwaches Ägypten die gesamte Region des Nahen Ostens destabilisieren könnte. Es gibt sehr gute Beziehungen zwischen Putin und Präsident Al-Sisi. Das hat auch historische Gründe. Vieles vom russischen Engagement in Libyen lässt sich auch mit dieser besonderen Situation von Ägypten erklären.“



Moskau wird in der Region des Nahen Ostens und in Nordafrika immer mehr zu einem Schlüsselakteur. Trotz aller Differenzen, die der Westen mit Russland hat: Ohne Moskau laufen weder Gespräche in Syrien, noch in Libyen. Während Europa vor allem wegen islamistischer Gruppen und wegen hunderttausender Flüchtlinge nach Libyen schaut, hat Russland ganz eigene Interessen, sagt der Politikwissenschaftler Suchkov:

O-Ton Suchkov (overvoice)

„Außerdem ist sehr wichtig zu erwähnen, dass eine Russland-freundliche Führung in Libyen auch Teil einer von Russland dominierten Achse Damaskus-Kairo-Tripolis werden könnte.“

Russland konzentriert sich also auf den östlichen und süd-östlichen Teil des Mittelmeerraumes. Als Anfang des Jahres der russische Flugzeugträger „Admiral Kusnezow“ seinen Syrien-Einsatz beendete und auf dem Weg ins Nordmeer vor der libyschen Küste Station machte, wurde öffentlich deutlich, auf wen Russland seine Hoffnungen im Libyen-Konflikt setzt: Auf General Chalifa Haftar. Zwei Mal war der libysche General zuletzt zu Besuch in Moskau, auch sein Stab ist häufiger zu Gesprächen dort. Im russischen Fernsehen machte er im Dezember deutlich, was er sich von den Russen erwartet:

O-Ton Haftar (overvoice)

„Die Rolle Russlands, da bin ich sicher, wird dabei helfen, den Terrorismus im Land zu besiegen. Die russische Regierung hilft uns dabei, unsere Rechte bei den Vereinten Nationen zu verteidigen. Zum Beispiel ist uns derzeit verboten, Waffen zu importieren. Da vertritt Russland auch unsere Interessen und Rechte.“

Die Terrormiliz Islamischer Staat hatte Teile Libyens unter ihre Kontrolle gebracht. Mittlerweile konnten die Terroristen erfolgreich zurückgedrängt werden.

General Haftar gilt als einer der einflussreichsten Militärs in Libyen. Er ist ein Gegenspieler der international anerkannten Regierung in Tripolis. Haftars Truppen kontrollieren im Osten große Teile des Landes. Dort, wo das Parlament seinen Sitz hat. Jenes Parlament, das die von den Vereinten Nationen unterstützte Einheitsregierung im Westen des Landes, in der Hauptstadt Tripolis, ablehnt. Die wichtigsten Erdölhäfen liegen im Einflussgebiet des Generals,

der für sich selbst eine wichtige Rolle in dem zukünftigen Libyen fordert und der schon mehrfach gedroht hat, in die Hauptstadt Tripolis einzumarschieren. Haftar ist aufgrund seiner Vergangenheit umstritten in Libyen – mittlerweile ist aber auch den westlichen Diplomaten klar, dass man an Haftar nicht vorbeikommt. Und hier setzt der UN-Sondergesandte Martin Kobler auch auf die guten russischen Kontakte zum libyschen Militär:

#### O-Ton Kobler

„Ich bin sehr froh, dass die Russen einen guten Einfluss auf General Haftar haben.“

Während einige europäische Diplomaten wegen geplanter Militärbasen in Libyen einen zu großen Einfluss Russlands in der Region fürchten, glaubt der UN-Gesandte Kobler nicht, dass Russlands Ambitionen das internationale Libyen-Krisenmanagement gefährden:

#### O-Ton Kobler

„Wir basieren unsere Politik auf den Resolutionen des Sicherheitsrates. Russland ist Teil des Sicherheitsrates, Ägypten zurzeit auch. Also diese Positionen sind harmonisiert im Sicherheitsrat.“

Weil Martin Kobler der direkte Draht zu General Haftar fehlt, setzt er auf Russland. Ohne Haftar, da sind sich alle außenstehenden Parteien mittlerweile einig, kann es keine Lösung in Libyen geben. Auch die EU hofft – zähneknirschend – auf Russland, weiß der Moskauer Politologe Maxim Suchkov.

#### O-Ton Suchkov (overvoice)

„Russland wurde nach meinen Informationen aus dem Außenministerium von der EU angesprochen, eine aktive Rolle in Libyen zu übernehmen - wegen der Flüchtlingssituation und der Folgen eines möglichen Flüchtlingsansturms auf einige europäische Staaten. Auf lange Sicht wird das sicherlich auch die Beziehungen von Russland zu Brüssel deutlich verbessern.“

Dabei ist die Rolle des exzentrischen Generals auch in Russland umstritten. Er hatte schließlich nicht nur gute Kontakte in die Sowjetunion und zu Russland, sondern lebte auch viele Jahre in den USA.

#### O-Ton Suchkov (overvoice)

„Ich glaube aber, dass es zurzeit gar keine andere Alternative gibt.“

Das internationale Krisenmanagement muss auch General Haftar einbeziehen, um eine politische Lösung für das Land zu erreichen. Aber auch Moskau braucht die militärische Unterstützung des Generals. Denn für den russischen Sicherheitsexperten Suchkov ist klar:

O-Ton Suchkov (overvoice)

„Russland hat keinerlei Interesse daran, militärisch in Libyen einzugreifen. Weil dadurch eine riesige Gefahr besteht, in diesen Konflikt genauso involviert zu werden, wie momentan in Syrien, Und das will Russland auf jeden Fall vermeiden. (...) Russland will nicht die militärischen oder finanziellen Folgen tragen, sollte die Situation in Libyen eskalieren.“

Und genau das könnte schon demnächst passieren, glaubt der UN-Sondergesandte Kobler:

O-Ton Kobler

„Ich bin sehr beunruhigt über die Lage, die wirklich das Potenzial hat, nicht mehr handhabbar zu sein.“

Denn es geht um viel: Macht, Kontrolle, Geld! Die libysche Einheitsregierung im Westen gegen das Parlament im Osten – dazwischen der exzentrische General Haftar und zahlreiche Milizen und mafiöse Banden. Und hunderttausende afrikanische Flüchtlinge, die auf eine Überfahrt in Richtung Europa hoffen. Ein Zerfall Libyens könnte Nordafrika und die Sahel-Zone weiter destabilisieren – und auch Europa vor große Herausforderungen stellen.

\* \* \*

Flocken

Simon Kremer über die Lage in Libyen.

Soviel für heute in unserer Reihe Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte). Dort können Sie auch den Newsletter von Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Am Mikrophon verabschiedet sich Andreas Flocken.